

# Die Verschleppung von Volksbegehren und die Folgen

Bundesrat und Parlamentarier haben dem Volksbegehren über die Beschleunigung der direkten Demokratie, der entsprechenden DENNER-Initiative, über die am 12. März dieses Jahres abzustimmen ist, bisher **keine sachlichen Argumente** entgegenhalten können. Also versucht man es jetzt mit der **fast weinerlichen Behauptung**, man könne doch nicht die noch hängigen 40 Vorlagen innert der von der Initiative verlangten Frist vors Volk bringen und die Demokratie derart belasten. So im Namen des Bundesrates *Achille Casanova*.

Vorerst ist daran festzuhalten: Es sind die **Bundesbehörden**, welche **diese Situation verschuldet** haben; durch zeitliche **Manipulation oder Liegenlassen** der Volksbegehren aus Faulheit. Bei einigen «erwünschten» Initiativen befürchtete man, sie könnten zurzeit vom Volk abgelehnt werden, weshalb man die Abstimmung hinauszögerte und auf vermeintlich «günstigere» Zeiten hofft, bei anderen Begehren, sie könnten, entgegen den Wünschen von Bundesrat oder Parlament, gutgeheissen werden. Wieder andere liess man einfach liegen, weil sie der Bundesrat als «wenig wichtig» einstufte oder die Bundesverwaltung zu bequem war, daran zu arbeiten. **Die DENNER-Initiative will mit dieser undemokratischen Haltung der Behörden endlich Schluss machen.**

Darüber, ob die Volksinitiative zur Beschleunigung der direkten Demokratie rechtlich dazu führe, dass alle noch hängigen 40 Vorlagen nach Annahme der DENNER-Initiative nun innert Frist vor das Volk kommen müssen, ist **strittig**. Doch der Streit ist müssig.

Bei den schon vor Jahren eingereichten Volksbegehren kann die Frist aus Verschulden der Bundesbehörden nicht eingehalten werden. Sie ist **längst abgelaufen**. Bei anderen kann sie auch bei intensivster Arbeit **nicht mehr eingehalten werden; weil man zu viel Zeit vertrödelt** hat. Und es gilt dann eben der Satz: Über das ihm Mögliche hinaus ist niemand verpflichtet. Trotzdem sollen die verschleppten Initiativen nun möglichst bald zur Abstimmung gelangen und bei **künftigen** ist die **Frist strikte einzuhalten, weil man sie einhalten kann**.

Zurzeit geht es um 10 «abstimmungsreife Initiativen». Über 4 wird am 12. März abgestimmt. Bleiben also noch 6, die demnächst in zwei Auflagen dem Volk unterbreitet werden können. Eine harmlose Sache.

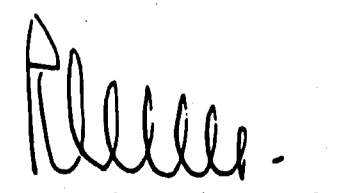
**8 Volksinitiativen liegen noch beim Parlament**. Sie können in weiteren «Paketen» zur Abstimmung gelangen. Man wird sehen, wie das Parlament mit dringlichen Vorschlägen von über 100'000 Bürgerinnen und Bürgern umgeht. Die Initiative für eine Beschleunigung der direkten Demokratie sieht allerdings **keine Strafen für die widerrechtliche Verschleppung von Volksbegehren vor**. **Doch wird man sich an entsprechende Rechtswidrigkeiten erinnern, wenn es um Neuwahlen geht.**

Es bleiben schliesslich die beim Bundesrat noch hängigen Volksbegehren, 14 an der Zahl. Auch für die Verschleppung von Initiativen in der Verwaltung sind keine direkten Sanktionen vorgesehen. Aber der **Bundesrat** wird sich in Zukunft **nicht mehr damit herausreden können, seine Mitarbeiter hätten nicht hinreichend Zeit gehabt, Botschaft und Antrag zu dem Begehren auszuarbeiten**. Das veröffentlichte Pro und Kontra zu dem Volksbegehren ist gesammelt, die Meinung des Departementchefs ist bekannt und das Muster einer Botschaft steht längst fest, damit aber auch der Gang der Arbeit. Wer nicht fähig ist, aufgrund dieser Gegebenheit rasch zu arbeiten, muss mit einfacheren Aufgaben betraut werden, und es sind bei Initiativen schneller arbeitende Kräfte einzusetzen.

Davon zu reden, dass die Bürgerinnen und Bürger nach Gutheissung der Initiative mit 40 Begehren überschwemmt würden, ist falsch und ein durchschaubares Abstimmungsmanöver zwecks «Verunsicherung» der Abstimmenden. Bedenklich ist es, dass selbst eine profilierte Politikerin wie Vreni Spoerry diese These tatkräftig unterstützt. Frau Spoerry sitzt in manchem Verwaltungsrat und ist daher bezüglich der Wichtigkeit raschen Handelns bestens informiert. Sehr wahrscheinlich glaubt die Zürcher Ständerätin, sie müsse das, was sie in der Wirtschaft befürwortet, in der Politik vereiteln.

Lassen Sie sich also nicht irreführen, **sagen Sie «Ja» zur Beschleunigungsinitiative! Sie verhüten so Manipulationen und Schlamperie und stärken die direkte Demokratie.**

DENNER AG

  
Karl Schweri